

dessen fünf Kapitel plus Einleitung jeweils sehr konzipiert aufgebaut und miteinander gut verbunden sind. Zudem schließt jedes Kapitel mit drei verdichtenden Diskussionsfragen ab, die zur Rekapitulation des Gesagten ebenso einladen wie zur Formulierung weiterführender Fragestellungen. Die anschließenden weiterführenden wissenschaftlichen Literaturhinweise sind ebenso kommentiert wie davon unterschiedene zusätzliche Online-Ressourcen zu politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Diese ungewöhnlichen paratextlichen Verweise strukturieren die Lektüre auf unaufdringliche Weise und laden zur didaktischen Umsetzung der Inhalte geradezu ein, weshalb sich das Buch hervorragend als einführendes Lehrbuch eignet. Zusammen mit der leichten Lesbarkeit des in kurzer Zeit zu bewältigenden Werks ist damit ein zentrales Anliegen feministischer Forschung überzeugend eingelöst: ihre praxisorientierte Sichtbarmachung und Umsetzung. Für mit der Materie Vertraute mag der knappe und klare, damit an manchen Stellen aber auch nicht sehr tiefgehende Überblick mitunter zu früh zum (Schluss-)Punkt kommen. Auch die unmarkierte Selbstbezüglichkeit eines anglo-amerikanischen Kanons von Feminismen, deren Wissenspraxis im globalen Norden verortet ist, verwundert angesichts der Tatsache, dass auch aus dem Globalen Süden seit Jahren Stimmen zum Konnex von Geschlechter- und Gewaltverhältnissen und auch zu einer Kritik an der neoliberalen Agenda der internationalen Akteur\_innen zu hören sind. Für jene aber, die Gender immer noch für eine verzichtbare Variable der Internationalen Beziehungen halten, bietet das Buch eine – angesichts des antifeministischen Ressentiments der Disziplin – einleuch-

tende und überzeugende Grundlage dafür, Geschlecht als Kategorie endlich zu einer Selbstverständlichkeit politikwissenschaftlicher Analyse werden zu lassen und das Potenzial feministischer und daran anschließender intersektionaler Ansätze entsprechend anzuerkennen. Dem muss, wie die Autorin auch an der Heterogenität innerfeministischer Debatten eindrücklich sichtbar werden lässt, nicht notwendigerweise Zustimmung folgen. Das Buch lädt jedoch ein zu einer angemessenen Auseinandersetzung mit einer produktiven Debatte, die viel mehr als ‚nur‘ Geschlechterfragen aufwirft.

Claudia Brunner

## POLITIK UND GESCHICHTE

Detjen, Joachim. *Politische Erziehung als Wissenschaftsaufgabe. Das Verhältnis der Gründergeneration der deutschen Politikwissenschaft zur politischen Bildung*. Baden-Baden. Nomos 2016. 568 Seiten. 98 €.

Joachim Detjen bezeichnet sein neues Buch im Vorwort als „Alterswerk“ (16). Diese Bezeichnung ist zutreffend gewählt, und zwar in seinem positiven Wortsinn: Detjen verbindet in dem Buch seine früheren Interpretationen zu Ernst Fraenkel, seine Aufarbeitung der Geschichte der politischen Bildung in Deutschland sowie seine zahlreichen Beiträge zur Fachdidaktik des politischen Unterrichts mit einer auf die Disziplin Politikwissenschaft fokussierten Forschungsfrage: Welches Verhältnis hatte die Gründergeneration der bundesdeutschen Politikwissenschaft zur politischen Bildung? Die Aussage, dass am Anfang der Politikwissenschaft in Westdeutschland die politische Bildung

war, gehört zum festen Repertoire des heutigen disziplingeschichtlichen Narrativs. Aber stimmt sie überhaupt? Und was lässt sich genauer über das Verhältnis der Gründerväter der bundesdeutschen Politikwissenschaft zur politischen Bildung, zu ihren konzeptionellen Vorstellungen und praktischem Agieren sagen? Bislang hat es lediglich zu Fraenkel und Arnold Bergstraesser kleinere Untersuchungen zu diesem Thema in Aufsatzform gegeben. *Detjen* ist nun diesen Fragen systematisch in einem von der DFG geförderten Forschungsprojekt nachgegangen und er präsentiert seine Ergebnisse zu einem bislang noch nicht näher ausgeleuchteten Aspekt der Fachgeschichte in Form einer „kollektiven Biografie“ (26).

Das Buch ist in drei Kapitel untergliedert. Im ersten Kapitel (33-79) liefert *Detjen* eine knappe bildungspolitische Einrahmung der frühen Politikwissenschaft. Er skizziert die politischen Vorgaben aus der Nachkriegszeit für eine Erziehung der Deutschen zur Demokratie, schildert die Etablierung der politischen Bildung an Schulen und Universitäten in Westdeutschland und gibt einen Überblick über die ersten Aktivitäten der frühen Politikwissenschaft im Bereich der politischen Bildung.

Das zweite Kapitel (81-467) ist das eigentliche Kernstück des Buches. *Detjen* präsentiert hier die Ergebnisse seiner Untersuchung zu den 18 wichtigsten Gründervätern der deutschen Politikwissenschaft; die Auswahl überzeugt und wird gut begründet. Im Einzelnen sind es Wolfgang Abendroth, Arnold Bergstraesser, Theodor Eschenburg, Gert von Eynern, Ossip K. Flechtheim, Ernst Fraenkel, Michael Freund, Carl Joachim Friedrich, Otto Heinrich von der Gablentz, Arcadius Gurland, Ferdinand Hermens, Eugen Kogon, Siegfried

Landshut, Gerhard Leibholz, Carlo Schmid, Otto Stammer, Dolf Sternberger und Eric Voegelin. Jedem der genannten Politikwissenschaftler widmet *Detjen* ein eigenes Unterkapitel. Er fragt darin nach den lebensgeschichtlichen Vorprägungen, der Intensität des Einsatzes für die politische Bildung und dem professionellen Selbstverständnis, dem Engagement und den Überlegungen für die politische Bildung auf den drei Feldern Schule, Erwachsenenbildung und Hochschule, nach der Komplexität und Reflexivität dieser Überlegungen sowie schließlich nach dem Verständnis der Beziehung zwischen Politikwissenschaft und politischer Bildung. Diese Unterkapitel sind eine wahre Fundgrube, denn neben den Schriften der genannten Autoren basiert *Detjens* Studie auf umfangreichen Archiv- und Nachlassauswertungen. Dort, wo seine Studie bisherige Darstellungen nicht einfach nur gründlich vertieft (so zu Fraenkel und Bergstraesser), korrigiert sie bisherige Darstellungen (so zu Eschenburg, Flechtheim, Landshut und Leibholz) oder bietet gar völlig Neues (so zu Kogon und Stammer). Irritierend an *Detjens* kompakten Darstellungen zu den von ihm untersuchten Politikwissenschaftlern ist lediglich, dass er dem Gedanken wenig Raum lässt, dass der eine oder andere von ihm Untersuchte im Laufe des Lebens seine Haltung gegenüber der politischen Bildung durchaus geändert hat (dies gilt besonders für seine Unterkapitel über Abendroth und Gurland).

Eine systematische Zusammenfassung des „Beitrags der Gründerväter zur politischen Bildung“ liefert das dritte Kapitel. *Detjen* gelangt darin zu dem Fazit, dass alle Gründerväter der Politikwissenschaft zumindest durch ihr Wirken in der medialen Öffentlich-

keit „zur Verbreitung politikwissenschaftlicher Erkenntnisse“ (478) beizutragen. Es habe unter ihnen auch weitgehende Übereinstimmung darüber bestanden, dass sich die Aufgaben der Universitäten nicht in der akademischen Berufsausbildung erschöpfen dürfen (470). Speziell in Bezug auf ihr Engagement in Theorie und Praxis der politischen Bildung entwirft er eine Typologie mit fünf Gruppen, die von Bergstraesser und Fraenkel als „Hochengagierten“ (475) bis zu Friedrich, Hermens sowie Voegelin als weitgehend „Desinteressierten“ reicht.

Ein weiterer Abschnitt zur Ausstrahlung der frühen Politikwissenschaft auf die konzeptionelle Entwicklung der politischen Bildung bleibt demgegenüber etwas zu sehr an der Oberfläche, da *Detjen* kaum auf die Rezeption der Politikwissenschaftler in der Politikdidaktik eingeht – seine zentrale Aussage, die Politikdidaktik habe die Leistungen der frühen Politikwissenschaftler weitgehend ignoriert (493), übersieht bedeutende Ausnahmen wie Hermann Giesecke. Sie wird zudem der Tatsache nicht genügend gerecht, dass das Unterrichtsfach zur politischen Bildung als integratives gesellschaftswissenschaftliches Fach neben der Politikwissenschaft zusätzlich mindestens auf die Soziologie als fachwissenschaftliche Bezugswissenschaft verwiesen ist, die in der Gründungsphase der Politikdidaktik in Deutschland bereits stärker etabliert war als die Politikwissenschaft und aus der ebenfalls wichtige Impulse für die politische Bildung kamen. Eher ärgerlich ist *Detjens* zum Teil tendenziöse Darstellung der jüngeren Politikdidaktik, in die er die Kontroversen um die Ausrichtung der politischen Bildung aus den vergangenen Jahren, an denen er selbst maßgeblich beteiligt war, hinein-

trägt. Für ein Buch, das sich als Zielgruppe an alle Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler richtet, wäre bei diesem „Alterswerk“ (16) etwas mehr altersmilde Ausgewogenheit zu diesem Thema wünschenswert gewesen. *Detjen* verbindet das Fazit seiner Studie mit einem fachpolitischen Plädoyer. Die gegenwärtige „szientistische Politikwissenschaft“ (504) sieht er Gefahr laufen, auf öffentliche Debatten keinen Einfluss mehr ausüben zu können. Aus dem daraus resultierenden „öffentlichen Bedeutungsverlust“ folge eine „prekäre Randständigkeit des Faches“ und die Politikwissenschaft werde damit „im Grunde obsolet“ (505). *Detjen* setzt demgegenüber auf eine gesellschaftliche „Bildungs- und Orientierungsfunktion“ (505) der Politikwissenschaft; das Fach müsse von ihren Fachvertreterinnen und -vertretern als „ein Mittel zur politischen Bewusstseinsbildung und zur Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur“ (510) verstanden werden, wenn es seine Gründungsimpulse nicht aufgeben wolle.

Auch wenn man nicht mit allen Schlussfolgerungen *Detjens* einverstanden sein muss; sein Buch lohnt die Lektüre. Denn das bisherige wissenschaftshistorische Narrativ unseres Faches muss nach der quellengesättigten Untersuchung von *Detjen* umgeschrieben werden: Zwar waren sich die Gründungspolitologen weitgehend darin einig, dass dem Fach über die mediale Kommunikation ein allgemeiner Bildungsauftrag zukomme, im Hinblick auf ein weitergehendes Engagement in Theorie und Praxis der politischen Bildung waren aber bereits die Gründungspolitologen eine sehr heterogene Gruppe.

*Hubertus Buchstein / Kerstin Pohl*

Serloth, Barbara. *Von Opfern, Tätern und jenen dazwischen. Wie Antisemitismus die Republik mitbegründete*. Wien. Mandelbaum Verlag 2016. 302 Seiten. 24,90 €.

Identitätsstiftend war 1945 zum einen der anti-nationalsozialistische Grundkonsens, zum anderen und gleichzeitig die österreichische Opferthese. Ersteres bezog sich auf den berühmten Geist der Lagerstraße, den Konsens der prominenten Verfolgten, die unmittelbar nach dem Anschluss in die KZs gesteckt wurden, zweiteres auf den in Österreich gerne rezipierten ersten Teil der Moskauer Deklaration. Im Unterschied zu Deutschland zog sich Österreich „auf eine umfassende, alles überdeckende Opferthese zurück und erklärte den gesamten Nationalsozialismus zu einem Problem Deutschlands“ (13). Und damit, so Serloth, „wurden die Entnazifizierung und somit auch das Eintreten gegen Antisemitismus, da nicht offiziell forciert, zweitrangig.“ (13). Die Rolle und Mitschuld Österreichs am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen wurde dementsprechend verleugnet – propagiert wurde die ‚Stunde Null‘.

Davon ausgehend untersucht Serloth in ihrer Studie, „den Einfluss des nachweisbaren, manchmal aktiven, manchmal aber auch nicht aktiven Antisemitismus der politischen Eliten der Nachkriegsjahre (und danach) auf die politischen Entscheidungsfindungsprozesse und Normsetzungen. D.h.: wie sich der Antisemitismus der politischen Eliten auf den Aufbau des normativen Gebäudes, der Politikarchitektur der Realverfassung und des politischen Selbstverständnisses auswirkte.“ (21f.). Ein erstes Fazit von Serloth ist, dass Juden gleich zu Beginn der Zweiten Re-

publik einen neuen Antisemitismus erlebten – „jenen des Opferneids.“ (169): „Juden wurde, obwohl die Gruppe der ‚rassisch‘ Verfolgten dem größten Leidens- und Vernichtungsdruck ausgesetzt war, die Einzigartigkeit ihres Leidens nicht nur abgesprochen, sie wurden auch als ‚nachrangige Opfer‘ behandelt. Dies nicht nur gesellschaftlich, sondern auch auf der Normebene, was sich in den Opferfürsorgegesetzen manifestierte. Damit muss festgehalten werden, dass die österreichische Gesetzgebung und der damit verbundene politische Diskurs antisemitisch geprägt waren. Festzuhalten ist, dass in jenen Bereichen, in denen es zu Maßnahmen gegen Antisemitismus und für eine gerechte Behandlung der Juden als erste Opfer des Nationalsozialismus kam, dies zumeist auf die Rücksichtnahme auf diesbezügliche Wünsche der Alliierten sowie auf das Bestreben, den Staatsvertrag unter Dach und Fach zu bringen, zurückzuführen war.“ (169). Ein Hauptproblem war die beharrliche „Nichtakzeptanz von Juden und Jüdinnen als selbstverständlicher Teil der österreichischen Wir-Gesellschaft und handelnde politische Subjekte.“ (278). Jene durch den nationalsozialistischen Rassenwahn geprägte Wir-Gesellschaft des Jahres 1945 sollte weitgehend belassen werden und das bedeutete gleichzeitig eine weitere Ausgrenzung von Juden und Jüdinnen aus dieser österreichischen Wir-Gemeinschaft: „Die Nachhaltigkeit des Versagens aller Mitglieder der politischen Elite Österreichs gehört hier genauso festgehalten wie die dadurch entstandene tiefe Beschädigung der österreichischen Wir-Gemeinschaft, die eines Teils ihrer selbstverständlichen Mitglieder verlustig gegangen war, ohne dass man sich in den Nachkriegsjahren bemühte,

diese alte Wir-Gemeinschaft – mit allen Verletzungen und Unverzeihbarkeiten – zumindest ein wenig wieder aufzubauen.“ (279).

Lehren aus dem millionenfachen Mord an Juden und Jüdinnen wurden nicht gezogen, die notwendige Einsicht in einen Neubeginn wurde der Konstanz und Kontinuität geopfert. Ein neues Österreich war nicht wirklich gewollt, stattdessen ein Österreich, „das auf der Ersten Republik aufbaute.“ (280). Die überlebenden Vertriebenen wurden nicht zurückgeholt, die Amnestierung der Ehemaligen aber sehr wohl forciert. Die Ehemaligen waren – im Gegensatz zu den Vertriebenen – anwesend und akzeptierter Teil des Systems: „Man hat es verabsäumt, eine gleiche, faire Gesellschaft ohne Ausgrenzungen aufzubauen und antisemitischen Vorurteilen von Anfang an den Kampf an-

zusagen. Dies wirkt sich bis heute aus, auch im Wiedererstarken des Antisemitismus in unserer Gesellschaft.“ (281).

*Barbara Serloth* hat eine umfassende, eindrückliche Studie zum Antisemitismus der Zweiten Republik verfasst; sie hat gezeigt, wie tief und andauernd die Kontinuitäten des Antisemitismus (auch) in Österreich sind und wie selbstverständlich dieser Antisemitismus den Holocaust überlebt hat.

Dass dennoch – sehr spät, aber doch – Antisemitismus im Österreich des Jahres 2016 auch Gegenreaktionen und Empörung hervorzurufen im Stande ist, könnte ein klein wenig aufzeigen, dass der österreichische Antisemitismus nicht mehr die Selbstverständlichkeit bzw. Akzeptanz früherer Jahrzehnte für sich in Anspruch nehmen kann.

*Reinhold Gärtner*